

**Autor:** Reiner Eichenberger/ David Stadelmann

**Mediengattung:** Online News

**Seite:** 0

**Jahrgang:** 2023

**Rubrik:** Wirtschaft

**Nummer:** 0

**Weblink:** <https://www.spiegel.de/wirtschaft/rat-von-wirtschaftsexperten-so-koennte-deutschland-zum-klimavorbild-werden-gastbeitrag-a-26b04445-c00b-47d7-b439-a84e7b17ea2d>

Rat von Wirtschaftsexperten

## So könnte Deutschland zum Klimavorbild werden

Wie ließe sich CO einsparen, ohne die Bürger auf die Barrikaden und die Industrie außer Landes zu treiben? Für Ökonomen gibt es darauf eine klare Antwort: durch Kostenwahrheit.

Wie sollte eine rationale Klimapolitik in Deutschland aussehen? Wir glauben, dass es nötig wäre, das Problem stärker aus einer politisch-ökonomischen Perspektive zu betrachten, als es bislang der Fall ist. Die deutsche Politik vernachlässigt das Konzept der Nachhaltigkeit sowie das reale menschliche Verhalten. Sie steht beispielhaft für etwas, was wir »Klimanaivität« nennen.

So sind in Deutschland trotz hoher Subventionen für erneuerbare Energien die Treibhausgasemissionen pro Kopf höher als etwa in Frankreich, Großbritannien, Italien oder Spanien. Nicht nur wegen der zusätzlichen Kohleverstromung fällt es schwer, die bisherige deutsche Energiewende als »erfolgreich« oder »vorbildlich« zu bezeichnen.

Durch die nun geplante Wärmewende wird es noch schwerer werden. Die von der Regierung geförderten Wärmepumpen benötigen zusätzlichen Strom, womit fossile Kraftwerke weniger schnell vom Netz genommen werden können. Womöglich müssen sogar neue hinzukommen. Ehrlich gerechnet werden die Wärmepumpen daher nicht nur mit erneuerbarem Strom oder dem deutschen Durchschnittsmix laufen, sondern vor allem mit fossilem Strom. Damit sind sie – wenigstens in Altbauten, wo sie wenig effizient sind – oft klimaschädlicher als Gasheizungen. Faktisch wird so deutsche Kohle zur »Übergangstechnologie« in die erhoffte vollelektrifizierte Zukunft.

Was also tun? Ein Vorschlag.

Hohe Kosten, wenig Nutzen

Echte Nachhaltigkeit zielt auf eine ausgewogene Entwicklung in den Bereichen Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Doch viele Klimaschutzmaßnahmen haben erhebliche Nebenwirkungen, etwa auf staatliche Finanzen, soziales Zusammenleben, Ernährung, persönliche Freiheiten oder Landschaftsschutz.

Dies alles für ein 1,5-Grad-Klimaziel, das kaum zu erreichen sein wird. Gemessen am Referenzniveau – der Temperatur zwischen 1850 bis 1900 – hat sich die Erde bereits um 1,1 Grad erwärmt. Das 1,5-Grad-Ziel würde praktisch einen weltweiten Vollstopp der Emissionen bedeuten.

Zugleich zeigen die Weltklimaberichte und die einschlägige wissenschaftliche Literatur, dass die Kosten des Klimawandels – verglichen mit anderen Veränderungen – nicht so hoch sind, wie man vielleicht denken könnte. Zwar sind die Schäden durch Hitze, Wind, Sturmfluten, Meeresspiegelanstieg in absoluten Zahlen riesig – erst recht, wenn sie über Jahrzehnte summiert werden, wie kürzlich in einer Auftragsstudie des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Doch relativ zur Wirtschaftsleistung betragen sie global betrachtet gemäß den allermeisten Studien ohne besonders scharfe Klimapolitik im Jahr 2100 nur etwa zwei bis sechs Prozent. Da die verwendeten Modellierungen zumeist die bisherigen Auswirkungen von eher kurzfristigen und lokalen Klima- und Wetterveränderungen erfassen und dann auf Klimaszenarien extrapolieren, unterschätzen sie zudem tendenziell die Anpassung von Mensch und Technik an den langfristigen und globalen Klimawandel. Folglich dürften sie dazu neigen, auch die zukünftigen Schäden eher zu über- als zu unterschätzen.

Auch deshalb ist die erwähnte Auftragsstudie des Bundesministeriums interessant: Ihr zufolge belaufen sich die Klimaschäden für Deutschland im extremen Erwärmungsszenario ohne Anpassung auf rund 0,5 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2030 und etwa 1,5 Prozent im Jahr 2050. Mit den in der Studie diskutierten Anpassungsmaßnahmen fallen die Schäden auf etwa ein

Drittel.

Erst recht verblassen die Schäden im Vergleich mit all den anderen Entwicklungen bis 2100. So dürfte der Wohlstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in reichen Ländern um wenigstens 80 Prozent und in Entwicklungsländern bei guten politischen Rahmenbedingungen sogar um mehr als 2000 Prozent wachsen. Diese Prognose wird in den Weltklimaberichten nicht infrage gestellt.

Somit gilt zunächst festzuhalten: Klimaschutz ist wichtig, aber aus Sicht einer umfassend verstandenen Nachhaltigkeit nur ein Teilbereich. Wer es wie das größte Problem der Menschheit behandelt, verstößt gegen Nachhaltigkeit, Verhältnismäßigkeit und das vernünftige Abwägen von Nutzen und Kosten.

Tragik des Gemeinguts

Die Bekämpfung des Klimawandels ist ein globales Gemeingut. Wer seine eigenen Emissionen mindert, trägt dafür die Kosten, wohingegen der Nutzen größtenteils bei anderen anfällt. Es ist die typische Tragik der Gemeingüter: Selbst wenn es global betrachtet wünschenswert ist, die Emissionen zu reduzieren, ist es für jede einzelne Person rational, eher wenig zum Klimaschutz beizutragen.

Kollektives Handeln könnte diese Einzelinteressen überwinden. Darauf zielen die vielen globalen Klimakonferenzen der letzten Jahrzehnte. So wollen sich die Regierungen gegenseitig vertraglich verpflichten, in ihren Ländern Klimaschutz zu betreiben.

Doch das droht zu scheitern: Erstens ist die Tragik des Gemeinguts beim Klimawandel besonders stark ausgeprägt. Die Kosten wirksamer Klimapolitik fallen schnell und sichtbar an. Hingegen zeigt sich deren Nutzen wegen der Eigendynamik des Klimas infolge der bereits bestehenden CO<sub>2</sub>-Konzentration erst

nach Jahrzehnten.

Zweitens unterläuft sich aktiver Klimaschutz selbst. Wenn die einen Länder ihre Wirtschaften dekarbonisieren und elektrifizieren, haben die anderen weniger Anreize, selbst Klimaschutz zu betreiben, da der Preis für fossile Energie tendenziell sinkt, während die Nachfrage nach Strom und seiner Speicherung steigt und damit auch der Preis. Drittens hat der Klimawandel neben Nachteilen auch Vorteile für einige Weltregionen, die das auch immer klarer erkennen. Andere setzen auf Anpassungsmaßnahmen – etwa die Begrünung von Städten oder den Bau von Deichen – die Bürger vergleichsweise gut und günstig schützen. Dadurch wird die Kooperationsbereitschaft zum Klimaschutz vieler Länder abnehmen.

Viertens nimmt die individuelle Anpassung durch bauliche und technische Maßnahmen – etwa Klimaanlagen – zu. Da individuelle Anpassung ein privates Gut ist, also denen nützt, die sich anpassen, dürfte sie schnell erfolgen. Menschen aus Ländern, wo die Anpassung besonders einfach und billig ist, verlieren anschließend aber das Interesse an teurer Emissionsreduktion. Gleiches gilt für Länder, wo die Anpassung besonders schwierig und teuer ist: Hier dürfte an weitergehendem Klimaschutz gespart werden.

Die Politik trickst

Viele Regierungen versprechen ihren Bürgern mehr Klimaschutz. Das heißt aber nicht, dass sie ihn liefern. Vielmehr haben sie oft gegenteilige Anreize. Vertragspartner bei Klimaverträgen sind nicht nur gut funktionierende demokratische Länder mit einer gewissen Vertragstreue. Es ist »klimanaiv« zu hoffen, dass Staaten, in denen Demokratie und Menschenrechte wenig zählen, sich im Klimabereich für das Wohl aller zukünftiger Weltbewohner einsetzen werden. Mit ernsthaftem Klimaschutzbestrebungen lassen sich viele politischen Versprechen also nicht erklären. Wohl aber so: Manchen Regierungen dient die Klimapolitik dazu, ihre Besteuerungs- und Regulierungsmöglichkeiten unter internationaler Anerkennung auszubauen und gut organisierte Interessengruppen mit Subventionen zu bedienen.

Andere freuen sich, dass ihre Produkte wie Solarpaneele, Batterien und demnächst grüner Wasserstoff stärker nach-

gefragt werden. Und manch autokratische Regierung mag sich insgeheim freuen, dass ein Land wie Deutschland durch Verzicht auf Fracking und Kernenergie noch abhängiger von ihren Energielieferungen wird.

Lösung: Kostenwahrheit

Nach unserer Analyse unterliegt die heutige Klimapolitik einer Planungsillusion. Sie ist zum Scheitern verurteilt. Wer den Klimawandel zumindest bremsen will, muss dringend eine bessere Strategie wählen. Die globalen Emissionen müssen schneller reduziert werden als bislang – und es muss günstiger werden. Das wiederum ist nur möglich, wenn es technische Innovationen gibt. Nur dann hätte eine Strategie Chancen, auch von den ärmeren Ländern ernsthaft umgesetzt zu werden.

Was kann der Staat, abgesehen von mehr Grundlagenforschung, tun? Die Voraussetzung dafür heißt aus unserer Sicht: Kostenwahrheit.

Dazu müssen die zukünftigen Schäden eines Klimawandels zunächst wissenschaftlich geschätzt und den heutigen Verursachern über CO<sub>2</sub>-Abgaben in Rechnung gestellt werden. Anschließend fließt das eingenommene Geld möglichst wohlfahrtsfördernd wieder zurück an die Bürger. Effizienter als Rückverteilung pro Kopf in Form eines Klimageldes wäre die Senkung der Einkommensteuer.

Kostenwahrheit gäbe den Konsumenten und Produzenten die entscheidenden Anreize, Emissionen zu mindern und klimafreundliche Technologien zu entwickeln. Damit erübrigten sich die meisten anderen bürokratischen Regulierungen und Subventionen zum Klimaschutz; diese könnten also entfallen. Dadurch wiederum wäre es möglich, die Bürger noch mehr zu entlasten.

Eine optimale CO<sub>2</sub>-Abgabe sollte international möglichst einheitlich sein, ausnahmslos alle Emissionen erfassen und heute rund 50 bis 55 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> betragen. Dies entspricht den nobelpreisgekrönten Arbeiten von William Nordhaus sowie den Empfehlungen des Climate Leadership Councils, die von über 3600 Ökonomen und 28 Nobelpreisträgern unterstützt werden. Bis 2030 sollte die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf 75 Euro steigen, zuzüglich Inflationsanpassung.

Eine derartige Klimapolitik wäre effizient – und für die deutsche Wirtschaft

problemlos tragbar. Anders als die Klimapolitik der Bundesregierung würde sie der Industrie keinen Grund für größere Produktionsverlagerungen liefern. Ihre Kosten wären, verglichen mit der sonstigen Steuerlast und weiteren Regulierungen, sogar eher klein. In Deutschland entspräche die CO<sub>2</sub>-Abgabe etwa der EEG-Umlage, deren Kosten dann wirklich wegfielen und nicht aus dem Bundeshaushalt und damit über Steuern finanziert würden.

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe und die damit verbundene Senkung anderer Steuern sowie der Wegfall von Regulierungen und Subventionen belasteten die Volkswirtschaft kaum. Viele Bürger würden sogar netto entlastet – und das bei effizientem Klimaschutz.

Also alles ganz einfach? Leider nicht

Das Problem ist, dass sie die meisten Regierungen Kostenwahrheit scheuen, wie sich in der Realität zeigt. Sie liefern bislang allenfalls Kostenscheinwahrheit. Statt einer allgemeinen CO<sub>2</sub>-Abgabe und deren Rückverteilung an die Bürger lieben sie es, Ausnahmen und Subventionen für bestimmte Gruppen zu gewähren und Regulierungen, Gebote oder Verbote zu erlassen.

Der bisher so kostspielige Weg wird von Regierungen auch deshalb gewählt, weil sich damit eigene Ziele verfolgen und sich damit starke Interessengruppen befrieden lassen. Deren beliebte Wehklage ist, eine allgemeine CO<sub>2</sub>-Abgabe sei nicht bezahlbar. In Wahrheit wird gejammert, um Ausnahmen und Subventionen zu erhalten.

Die Behauptung einiger Politiker, die Bevölkerung werde mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe im Sinne der Kostenwahrheit nicht zu gewinnen, ist falsch. Was die Bevölkerung nicht will, sind neue Abgaben ohne Kompensation.

Die Herausforderung besteht darin, einige wenige Regierungen dazu zu bringen, Kostenwahrheit ernsthaft und ehrlich umzusetzen. Dann würde sich zeigen, dass der Ansatz funktioniert, für einzelne Länder einseitig umsetzbar ist und ihre Wettbewerbsfähigkeit sogar erhöht.

Wenn Deutschland diesen Weg ginge, würde es zum echten Klimavorbild.

**Abbildung:** Protestaktion der Letzten Generation  
**Fotonachweis:** REUTERS  
**Wörter:** 1539

